

## CORONA UND DER BLICK AUF EIN ANDERES EUROPA DIE EU STEHT VOR EINER UNGEWISSEN ZUKUNFT

Von  
Hans-Jürgen Urban

Ein Ende der durch den SARS-CoV-2-Virus ausgelösten Pandemie in der Europäischen Union und großen Teilen der übrigen Welt ist nicht absehbar. Vielerorts regiert der „Not-Pragmatismus“. Kann dieser Krisenschock zu einem Momentum für ein solidarischeres Europa führen?

Die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Einbrüche sowie die drohenden Demokratieschäden sind enorm. Dabei traf die Pandemie auf einen globalen Kapitalismus, der sich ohnehin in einer historisch außergewöhnlichen Transformationsperiode befindet. In dieser prallen strukturelle Umbrüche historischen Ausmaßes aufeinander. Jeder dieser Umbrüche für sich genommen kann als Jahrhundertherausforderung bezeichnet werden: Die schubweise und in den Regionen der Weltwirtschaft sehr ungleich vorschreitende Transnationalisierung, die Arbeit und Gesellschaft immer tiefer durchdringende Digitalisierung und die zur Vermeidung des Klimakollapses unverzichtbare Dekarbonisierung (nicht nur, aber vor allem) der industriellen Wertschöpfung mögen als Stichworte genügen.<sup>1</sup> Diese Epochenthemen sind angesichts der Dimension der Corona-Krise aus den medialen Schlagzeilen verschwunden. Doch sie werden sich nach der Bewältigung der akuten Gefahren mit neuer Wucht zurückmelden.

### Überlebt der neoliberale Integrationspfad?

Angesichts des Aufeinanderprallens von akuter Corona-Krise und strukturellen Transformationskrisen spricht gerade aus einer wissenschaftlich informierten und gewerkschaftlich orientierten Perspektive vieles dafür, eine krisenpolitische Engführung zu vermeiden. Maßnahmen zur Überwindung der ökonomischen Rezession und zum Schutz vor Arbeitslosigkeit, Einkommensverlusten und sozialer Deprivation müssen in einen

inklusive und radikalen Reformismus integriert werden. Dieser muss Antworten auf beide Problemkomplexe zugleich finden: auf die akuten Corona-Risiken und die ökonomischen, sozialen sowie ökologischen Transformationsprobleme des Gegenwartskapitalismus.

Aus einer solchen Perspektive ist die gegenwärtige Krisenpolitik in der EU durchaus ambivalent zu bewerten. Die Regierung in den EU-Mitgliedstaaten sowie die EU-Kommission griffen partiell zu Maßnahmen, die zuvor in den Institutionen und Diskursarenen der EU als hoffnungslos marginalisiert gegolten hatten. Das gilt etwa für das „SURE“-Programm zur kreditfinanzierten Unterstützung beschäftigungssichernder Maßnahmen wie Kurzarbeit; die gesonderte Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank von zusätzlich 200 Milliarden an Unternehmen; eine neue Kreditlinie des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die in Not geratenen Mitgliedstaaten Kredite mit einer durchschnittlichen Laufzeit von zehn Jahren zu günstigen Konditionen und im Volumen von bis zu zwei Prozent des nationalen BIP (in Rahmen des „Pandemic Crisis Support“) ermöglicht. Zusätzlich beschlossen die Staats- und Regierungschefs im Juli 2020 eine deutliche Erweiterung des EU-Haushalts im Rahmen eines mehrjährigen Finanzrahmens (2021–2027) im Volumen von rund 1,1 Mrd. Euro sowie einen Recovery Plan „Next Generation EU“ als neues Aufbauminstrument mit einem Finanz-

volumen von 750 Mrd. Euro zur Stärkung des EU-Haushalts von 2021 bis 2023 mit neuen, an den Finanzmärkten aufgenommenen Mitteln.<sup>2</sup>

**Offenbar  
verklärt der  
Blick aus dem  
Auge des  
Krisen-Orkans  
die Vergangen-  
heit. Der eu-  
ropäische wie  
der nationale  
Vorkrisenkapi-  
talismus taugen  
nicht als kon-  
krete Utopie für  
fortschrittliche  
Politik.**

Diesen durchaus zielführenden Maßnahmen stehen eklatante Defizite gegenüber. Auch wenn die Mobilisierung dieser erstaunlichen Finanzvolumina durch eine EU-Politik erfolgt, die nach Jahrzehnten der Austeritäts- und Marktfixierung den EU-Haushalt als „Triebfeder des Wiederaufbaus und Garant der Stabilität“<sup>3</sup> neu entdeckt, bündeln sich die Einzelmaßnahmen nicht zu einem Reformprojekt, das die Europäische Integration auf einen neuen Pfad jenseits von Austerität und deregulierenden Strukturreformen bringen könnte. Die Einbindung der Krisennotmaßnahmen in die bekannten fiskal- und wettbewerbspolitischen Vorgaben lässt durchaus den Schluss zu, dass die Politik der EU-Kommission keineswegs mit dem neoliberalen Integrationspfad bricht, sondern eher sein Überleben in Krisenzeiten sichern soll.<sup>4</sup> Offensichtlich hat auch die Corona-Pandemie das Kräfteverhältnis zwischen den politischen Lagern in der EU nicht hinreichend verändert. Die Akteure, die mit ihren Machtressourcen für die Absicherung des – gegebenenfalls pragmatisch modifizierten – neoliberalen Integrationspfades sorgen, zeigen auch in der aktuellen Krise ihre Beharrungskräfte. Ihnen gegenüber bleiben jene politischen Kräfte, die einen „New Green Deal“ und eine Demokratisierung der EU-Institutionen als Alternative formulieren, politisch subaltern. Das nach der Großen Finanzmarktkrise von 2008ff. zu konstatierende „befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ könnte sich nach der Corona-Pandemie wiederholen.<sup>5</sup>

### Krisenpolitik als Klassenpolitik

Wenn die Krisenpolitik der EU und mancher

Mitgliedstaaten als Notpragmatismus ohne Pfadwechsel zu interpretieren ist, muss eine Politik für eine sozial-ökologische Transformation weit darüber hinausgehen. Drei Orientierungen sind dabei unverzichtbar:

- Dem Primat der Exekutive in der Hochphase der Krise muss möglichst bald ihre Zivilisierung und Re-Demokratisierung folgen. Durchgreifendes Krisenmanagement gegen Infektionsrisiken und den ökonomischen Niedergang mag in politischen Schockkrisen als Gebot der Stunde seine Berechtigung haben. Doch schnell sollte die freie Hand der Exekutive enden. Weichenstellungen für die Zukunft müssen Gegenstand gesellschaftlicher Debatten und legitimierter Entscheidungen sein. Nur so können dauerhafte Schäden an Demokratie und Rechtsstaat vermieden werden.
- Die Demokratisierung gesellschaftlicher Diskurse über eine problemadäquate Krisenpolitik ist auch eine Voraussetzung für die Überwindung der romantischen Sehnsucht nach den Vorkrisenzuständen, die allenthalben als Leitbild der Konsolidierungspolitik präsent ist. Offenbar verklärt der Blick aus dem Auge des Krisen-Orkans die Vergangenheit. Der europäische wie der nationale Vorkrisenkapitalismus taugen nicht als konkrete Utopie für fortschrittliche Politik. Eine Rückkehr zu diesem wäre die Rückkehr zu sozialer Ungleichheit, Rechtspopulismus und einer sich zuspitzenden Klimakrise.
- Soll diese rückwärtsweisende Weichenstellung vermieden werden, erfordert dies die Überwindung des krisenpolitischen Nationalismus und die Hinwendung zu einer europäischen (sowie globalen) Krisenpolitik. Diese Anforderung treffen auf

ein Europa, das seit Jahrzehnten unter einer „neoliberalen Deformation“<sup>6</sup> leidet. Diese radikalisierte sich im Zuge der politischen Antwort auf die Finanzkrise 2008ff. im Rahmen eines autoritären Krisenregimes noch einmal.<sup>7</sup> Da fiskalische Austerität und deregulierende Strukturreformen fest in den institutionellen Settings und den dominanten polit-ökonomischen Prozessen (wie etwa dem „Europäischen Semester“) fixiert sind, dürfte ihre Überwindung ohne weitreichende institutionelle Reformen kaum zu realisieren sein.

Doch Krisenpolitik im Kapitalismus ist zunächst auch Klassenpolitik. Entsprechend wies die soziale Verteilung der mobilisierten Ressourcen eine verteilungs- und klassenpolitische Schlagseite auf.<sup>8</sup> Der Privatbetrieb ist die dominante Grundeinheit der kapitalistischen Wirtschaft. Wenn eine solche Wirtschaft in eine Existenzkrise gerät und staatliche Politik ökonomische Strukturen nicht transformieren, sondern stabilisieren will, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Krisenmittel in die Betriebe und damit den BetriebsbesitzerInnen bzw. AnteilseignerInnen zufließen. Das kann, muss aber keineswegs mit der Sicherung von Arbeitsplätze und Einkommen der Beschäftigten einhergehen.

Der größte Teil der EU-Krisenmilliarden fließt bisher jedenfalls der Wirtschaft zu, ohne diese auf Beschäftigungszusagen zu verpflichten. Vor allem Großkonzerne profitierten. Hohe Einkommen und große Vermögen wurden bisher nicht zur Finanzierung herangezogen. Die Verschuldung der öffentlichen Hand scheint einen verteilungspolitisch neutralen Weg der Krisenhilfe zu markieren. Doch spätestens bei der Aufstellung von Tilgungs- und Refinanzierungsplänen wird seine verteilungspolitische Brisanz sichtbar

werden. Die Defizit- und Schuldenkriterien des europäischen „Wirtschafts- und Stabilitätspakts“ gelten weiter. Heftige Konflikte um den Abbau der Schuldenberge sind daher absehbar. Die soziale Schiefelage der Krisenpolitik könnte vor der zu befürchtenden Schlagseite der kommenden Konsolidierungspolitik verblässen.

### Not-Pragmatismus ohne Pfadwechselferspektive

Dennoch: Die ordnungspolitische Ausrichtung und Dimensionen der Krisenpakete waren mehr als erstaunlich. Auch wenn aus dem neoklassisch-wirtschaftsliberalen Spektrum früh vor einem „Neodirigismus“<sup>9</sup> gewarnt wurde, der Krisensturm blies hegemoniale Erzählungen wie die von der „Schwarzen Null“ einfach hinweg. Erneut bestätigte sich ein Faktum, das bereits bei den Reaktionen auf die Finanzmarktkrise der Jahre 2008ff. zu beobachten war. Ab einer gewissen Krisentiefe greift ein Not-Pragmatismus um sich, der sich nicht von ordnungspolitischen oder ideologischen Vorprägungen ablenken lässt. Maßnahmen werden (zumindest kurzzeitig) vor allem an ihrem Beitrag zur Vermeidung des ökonomischen Kollapses gemessen. Ökonomische Wirksamkeit – und nicht ideologische Konformität – avanciert zum handlungsleitenden Prinzip. Der Staat interveniert in soziale Kontakte und Grundrechte und schützt dadurch das biomedizinische Leben seiner Staatsbürger. Zugleich und vor allem aber agiert er als Garant des (kapitalistischen) Entwicklungsmodells – klassisch gesprochen: als ideeller Gesamtkapitalist, oder moderner formuliert: als „last man standing“.

In den kommenden Verteilungskämpfen wird der Verteidigung abhängiger Arbeit und öffentlicher Interessen hohe Priorität zukommen müssen. Doch damit wird es nicht getan

**In den kommenden Verteilungskämpfen wird der Verteidigung abhängiger Arbeit und öffentlicher Interessen hohe Priorität zukommen müssen. Doch damit wird es nicht getan sein.**

## Corona: Die EU steht vor einer ungewissen Zukunft

sein. Absehbar ist, dass der europäische Integrationsprozess auf einen neuen, einen sozial und ökologisch nachhaltigen Pfad ausgerichtet werden muss: Davon ist abhängig, ob die EU die ökonomischen, sozialen und ökologischen Gegenwarts- und Zukunftsprobleme bewältigen kann. Diese Notwendigkeit speist sich nicht zuletzt aus den Folgeschäden der Austeritäts- und Strukturanpassungspolitik, wie sie durch die Regeln des institutionellen Settings der EU fixiert wurde.

Allerdings wäre eine Teilkorrektur, etwa im Rahmen einer neo-oder postkeynesianischen Fiskal- und Nachfragepolitik, nicht hinreichend. Die Notwendigkeit eines Pfadwechsels begründet sich vor allem aus zwei weiteren Problemdimensionen. Zunächst ist er auch deshalb unverzichtbar, da das in der EU vorherrschende Wachstumsmodell an seine sozialen und ökologischen Grenzen stößt und vom Problemlöser zum Problem-

treiber mutiert ist. Gefordert ist daher der Übergang zu einem institutionellen Setting, das nicht nur Spielräume für eine Überwindung der ökonomischen und sozialen Austeritäts- und Strukturreformpolitik eröffnet, sondern zugleich einen funktionalen Rahmen für die sozial-ökologische Transformation des sozioökonomischen Entwicklungsmodells der EU bietet. Hinzu kommt: Eine Dekarbonisierung des europäischen Entwicklungsmodells erzwingt nicht nur politische Eingriffe in die stoffliche Dimension der ökonomischen Wertschöpfung. Sie erfordert zugleich Interventionen in die Verfügungs- und Entscheidungsstrukturen der Unternehmen. Sollen diese über demokratische Legitimation verfügen, ließe das auf eine Demokratisierung der Wirtschaft hinaus.

Eine solche, mehrdimensionale Zielsetzung erfordert ein inklusives Reformprojekt, das neben der Überwindung des Austeritäts-Re-



## BESTELLEN!

Unter  
<https://wien.arbeiterkammer.at/Newsletter.html>  
 können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.

## infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

gimes also umso mehr ökologie- und demokratiepolitische Zielsetzungen einschließen muss.

### Transformative Governance und Perspektiven für eine sozial-ökologische EU

Auch wenn die Krisenpolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten keine wirkliche Kehrtwende beinhaltet, muss angesichts der historischen Dimension der Probleme hartnäckig und kontinuierlich gefragt werden: Hat die Krise nicht doch wenigstens ein Zeitfenster für eine Diskursverschiebung geöffnet, die helfen könnte, einen inklusiven, sozial-ökologischen Reformismus in der EU in Gang zu setzen? Die politikwissenschaftliche Theorie der Pfadabhängigkeit besagt, dass es Gesellschaften in der Regel schwerfällt, gewohnte Bahnen zu verlassen. Sie kennt aber auch Übergangsphasen („critical junctures“), in denen Krisenschocks helfen, Reformwiderstände zu überwinden und Pfadwechsel einzuleiten. Sollte der Krisen-Schock ein solches Momentum erzeugt haben, wäre dies für Versuche zu nutzen, zumindest die Erzählung einer integrierten Reformstrategie für ein anderes Europa zu popularisieren. Die Skizze einer solchen Strategie, die ökonomische, ökologische sowie die alltagskulturelle Dimensionen des Transformationsprozesses umfasst, kann nur als kollektiver Forschungs- und Diskursprozess gelingen. Sie würde eine realistische, aber doch nach vorne drängende Europa-Emphase unter den potenziellen politischen Reformakteuren erfordern. Aber auch die kritischen Integration-Forschung müsste sich im Sinne einer „public sociology“<sup>10</sup> stärker darum bemühen, evidenzbasiertes Wissen zu den gesellschaftlichen Kontroversen um ein anderes Europa beizutragen.

Auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstandes lassen sich bereits einige Essentials einer transformativen Gover-

nance benennen, die den Integrationsprozess auf einen sozialökologischen Entwicklungspfad drängen könnten. Zu ihnen gehören neue Finanz- und Fiskalregeln, die den Mitgliedstaaten neue wirtschafts- und sozialpolitische Handlungsspielräume eröffnen; europäische Schulden- und Haftungsmodalitäten, um durch Kollektivregeln „Defizitländern“ dauerhaft Refinanzierungsperspektiven ohne Diktate durch die globalen Finanzmärkte zu eröffnen; ein dauerhaft ausreichend dimensioniertes EU-Budget, das die EU als relevanten Akteur in eine soziale und ökologisch nachhaltige Wachstumspolitik ins Spiel bringt sowie die Ausgestaltung der europäischen Sozialordnung mit Mindeststandards bei Entgelten, Beschäftigungsverhältnissen sowie im Arbeits- und Gesundheitsschutz.<sup>11</sup> Auch die Rolle der EU als Treiberin der neoliberalen Globalisierung wäre zu hinterfragen. Die in der Corona-Krise offenkundig gewordene Instabilität globaler Wertschöpfungsketten bietet mannigfaltige Ansatzpunkte dafür, primär kosteninduzierte Outsourcing-Strategien zulasten von Arbeitsplätzen und Lohnstandards zu korrigieren.

Es geht also um mehr als die Überwindung der austeritätspolitischen Governance und einer Wachstumskrise infolge eines externen Schocks. Das gesamte sozial-ökonomische Entwicklungsmodell der EU und seiner Mitgliedsstaaten hat sich in eine „ökonomisch-ökologische Zangenkrise“ (Klaus Dörre) hineinmanövriert. Vor allem der gegenwärtige Wachstumstyp, einst zentraler Faktor zur Entschärfung wirtschaftlicher Probleme und sozialer Verteilungskonflikte, ist repulsiv geworden. Auf der einen Seite leiden die Gesellschaften des entwickelten Kapitalismus an strukturellen Wachstumsschwächen und nachlassenden Produktivitätswachstumsraten. Das erzeugt alte und neue Probleme in den ökonomischen

**Angesichts der historischen Dimension der Probleme muss hartnäckig und kontinuierlich gefragt werden: Hat die Krise nicht doch wenigstens ein Zeitfenster für eine Diskursverschiebung geöffnet, die helfen könnte, einen inklusiven, sozial-ökologischen Reformismus in der EU in Gang zu setzen?**

**Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum entstehen und öffentliche Einflussnahme folgen. Die neuen Möglichkeiten müssen offensiv genutzt werden: Nach Maßgabe demokratischer Entscheidungen und orientiert an den Imperativen der sozial-ökologischen Transformation**

Zyklen, auf den Arbeitsmärkten und nicht zuletzt bei der Finanzierung infrastruktureller Staatsausgaben. Auf der anderen Seite verschärft dieser ressourcen- und emissionsintensive Wachstumstyp nicht nur die Klimakrise, sondern gefährdet zunehmend die Reproduktionsfähigkeit der globalen Ökosysteme. Und unter der Ägide des Austeritätsregimes befördert er zugleich die gesellschaftliche Spaltung: Während Arbeitslosigkeit und soziale Prekarität befördert werden, verzichtet dieses Modell auf die Inanspruchnahme großer Vermögen und Unternehmensgewinne zur Finanzierung der notwendigen Gegenmaßnahmen. Der europäische Gegenwartskapitalismus (und nicht nur dieser) leidet also zugleich an zu wenig und zu viel Wachstum.<sup>12</sup>

Unter Status-quo-Bedingungen führen traditionelle Strategien zur Ankurbelung des Wachstums nicht aus der Krise, sondern weiter hinein. Doch auch die generelle Abkehr von jeglichem Wachstum, wie sie in diversen Varianten des De-Growth-Spektrums präferiert wird, wäre eine kurzschlüssige Antwort. Sie übersehen, dass die Gegenwartsgesellschaften nicht nur Überfluss-, sondern auch Defizitgesellschaften sind. Umweltschädlicher Luxusproduktion stehen Investitionsrückstände bei sozialer Sicherheit, im Gesundheits- und Sorgebereich, im Bildungs- und Kultursektor und bei der Mobilität von Menschen und Gütern gegenüber. Sie zu beheben erfordert weiterhin die materielle Produktion von Gütern und sozialen Dienstleistungen. Und es erfordert wirtschaftliche Wertschöpfung, die in öffentliche Investitionen in öffentliche Güter und Infrastrukturen umverteilt werden muss.

Zielführend wäre daher ein Entwicklungsmodell, in dem die Wirtschaft vor allem anders wächst. Dazu muss die Ökonomie

vom Diktat des kapitalistischen Akkumulationszwangs befreit und auf gesellschaftliche und ökologische Nachhaltigkeitsziele orientiert werden. Ein solches, gesellschafts- und naturverträgliches Wachstum unterschiede sich grundlegend vom bisherigen. Es fiel wohl flacher aus, da es nicht Wachstum auf Teufel komm raus förderte, sondern nur dort, wo gesellschaftlicher Nutzen zu erwarten ist; es wäre nachhaltiger, da es die Grenzen der Natur als Grenzen des Wachstums akzeptierte; und es müsste sich gerechter vollziehen, indem es die Verliererinnen und Verlierer des Strukturwandels nicht in Arbeitslosigkeit oder Armut abdrängt, sondern ihnen mit gesellschaftlichen Ressourcen neue Perspektiven eröffnet.

Ein gedrosseltes, gesteuertes und demokratisiertes Wachstum wäre der Kern eines alternativen Entwicklungsmodells, das als eine ökologisch-soziale Wirtschaftsdemokratie beschrieben wurde.<sup>13</sup> Seine Realisierung erfordert grundlegende Korrekturen in den Produktions- und Verteilungsverhältnissen und damit weitreichende, politische Interventionen in unterschiedliche Politikfelder und ihre Entscheidungsarenen. Zugleich setzt es den Umbau der Strukturen der Economic Governance voraus. Um die Handlungsspielräume der Krisenkonstellation zu nutzen, sollte in den Mitgliedstaaten wie auf EU-Ebene in einem ersten Schritt die Gewährung öffentlicher Mittel umfassend konditioniert werden. Politische Interventionen etwa durch Schadstoffgrenzen und Produktauflagen müssen die Interventionen rahmen. Aber auch Eingriffe in die Eigentums- und Verfügungsrechte. Gelten muss: Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum entstehen und öffentliche Einflussnahme folgen. Die Miteigentümerschaft der öffentlichen Hand ermöglicht Einflussnahme auf Unternehmenspolitiken. Diese Möglichkei-

ten müssen offensiv genutzt werden: Nach Maßgabe demokratischer Entscheidungen und orientiert an den Imperativen der sozial-ökologischen Transformation.

### Ausblick

Der sozial-ökologische Pfadwechsel für die EU ist leichter skizziert als politisch in Gang gesetzt. Die kritische Europaforschung hat immer wieder nachgewiesen, dass die Ansammlung von Vetopunkten und Verflechtungsfallen im europäischen Institutionensystem als Hürde für durchgreifende Reformen gewirkt hat. Ob das neoliberale Austeritätsregime überhaupt in der diskutierten Richtung reformierbar ist, bleibt eine offene Frage. Die EU steht vor einer ungewissen Zukunft. Doch eines ist evident: Neue Weichenstellungen setzen handlungsmächtige Akteure voraus und Verschiebungen nach links eine starke Linke. Und die fehlt gegenwärtig. In Europa und den meisten Mitgliedsstaaten der EU. Hier droht sich ein Problem aus der Vergangenheit in die Nach-Corona-Zukunft zu schleppen. Die Krise wird aus der politischen Mitte gemanagt, und bisher gewinnt eher die politische Rechte bei der Verteilung der Krisenkosten. Die Linke analysiert und rät, bleibt aber weitgehend wirkungslos. Wieder einmal schwächelt der

neoliberale Kapitalismus, und wieder einmal fehlt eine Kraft, die die Gunst der Stunde nutzen und die Gesellschaft auf einen progressiven Pfad drängen könnte.

Die Debatte um eine gesellschaftliche „Mosaiklinke“ scheint aktueller denn je. In ihr müssten sich unterschiedliche Organisationen, Bewegungen und Persönlichkeiten unter Beibehaltung ihrer Identitäten zusammenfinden und sich auf ein sozial-ökologisches Reformprojekt verständigen<sup>14</sup>. Die Konflikte um die Entwicklung von Ökonomie, Gesellschaft und Politik werden die Nachkrisenphase prägen. In der EU wie in den Mitgliedsstaaten. Sie werden intensiv ausfallen und mit harten Verteilungsauseinandersetzungen verbunden sein. Gewerkschaften sowie Akteure aus der Ökologiebewegung und aus dem fortschrittlichen Spektrum der Parteien und der Wissenschaft sind gefragt. Annäherungen in Fragen von Umweltstandards, Verteilungsgerechtigkeit und Schutz prekärer Arbeit, die bereits vor der Corona-Krise sichtbar waren, sollten fortentwickelt und zu Konzepten einer solidarischen Nachkrisenpolitik aktualisiert werden.

**Hans-Jürgen Urban** ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Privatdozent für Soziologie an der Universität Jena  
Hans-Juergen.Urban@igmetall.de

1 Hans-Jürgen Urban, Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im Gegenwartskapitalismus. Hamburg 2019.

2 Dazu etwa die Beiträge in infobrief eu & international, 2/2020 sowie dieser Ausgabe.

3 Siehe die offizielle Rhetorik der EU-Kommission; siehe [https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe\\_de](https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe_de) [Zugriff 9.9.2020]

4 In diesem Sinne argumentiert etwa Lukas Oberndorfer, siehe: Beibehaltung, Modifizierung oder Bruch mit der neoliberalen Geschäftsgrundlage? Der EU-Recovery-Plan und die Rolle des Europarechts, in: infobrief eu & international, 2/2020, S. 17-24.

5 Colin Crouch, Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin 2011.

6 Jörg Hufschmid, Die neoliberale Deformation Europas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2007, S. 307-319.

7 Hans-Jürgen Urban, Ausbruch aus dem Gehäuse der Economic Governance, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 1-2/2018.

8 Die datierten Verteilungswirkungen der Krisenpolitik harren einer ausführlichen Analyse. Dies nachzuholen wäre ein Forschungsprojekt, zu dem aufzurufen ist.

9 So etwa Clemens Fuest, Neodirigismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Februar 2020, S. 16.

10 Michael Burawoy, Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit. Weinheim/Basel 2015.

11 Siehe dazu etwa die jährlichen Gutachten der EuroMemo Gruppe <http://www.euromemo.eu/> [Zugriff 7.9. 2020].

12 Eine soziologische Analyse der Facetten dieser Konstellation findet sich in Klaus Dörre u.a. (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Wiesbaden 2019.

13 Dazu ausführlicher FN 1, S. 183ff.

14 Dazu Hans-Jürgen Urban, Vorlauf zu einem HKWM-Artikel „Mosaik-Linke“, in: Das Argument, 331, H. 1/2019, S. 19-32 sowie derselbe, In der Bewährungsprobe. Replik auf die Kritik der Mosaik-Linken, in: Das Argument, 332, H. 2/2019, S. 169-182.